

samtausstoß beträgt nur 26%, der von kaltgewalzten Blechen weniger als 4%. Bei größeren Werken soll der Anteil an Walzstahl, der internationalen Gütestandards entspricht, bis 1990 auf 40% und zur Jahrhundertwende auf 80% der Gesamtausbringung ansteigen. (NfA, 9.12.88) -lou-

*(29)

Schnelle Entwicklung des chinesischen Patentwesens

Beim chinesischen Patentamt sind bisher über 80.000 Schutzrechte angemeldet worden, darunter waren rund 18.000 aus dem Ausland. Mit jeweils 5.000 Anmeldungen liegen Japan und die USA vorn, die Bundesrepublik Deutschland folgt mit knapp 1.700 Anmeldungen auf dem dritten Platz.

Schneller als irgend ein anderes Land hat die Volksrepublik China ein funktionierendes Patentwesen aufgebaut. "Wir konnten uns dabei auf die intensive Beratung und Hilfe des Deutschen Patentamtes und vor allem seines Präsidenten Dr. Erich Häußler stützen", sagte Ruan Chongwu, in der Leitung der staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik für das noch junge Patentwesen verantwortlich.

Erst seit 1985 gibt es ein Patentgesetz. Im laufenden Jahr 1988 wurden rund 10.000 Patente, über 15.000 Gebrauchsmuster und ca. 1.000 Geschmacksmuster angemeldet. Das Ausland ist vor allem am Patentschutz interessiert, es meldet über die Hälfte aller Erfindungen an, während die meisten Gebrauchsmuster und Geschmacksmuster aus China kommen.

Ruan: "Wir haben zunächst Patentfachleute ausgebildet, von denen heute 1.300 im Patentamt in Beijing, über 1.000 in den Ämtern der Provinzen und weitere auch in Patentagenturen oder als Berater und als Patentanwälte tätig sind." Die Kosten der Patentämter tragen die Zentralregierung und die Provinzverwaltungen, denn die Gebühren erreichen nicht das Ausmaß der Vorlaufkosten des Ausbaus, der zudem wegen des Interesses der Erfinder schneller gehen muß als ursprünglich geplant. Mittelfristiges Ziel ist aber, das Patentwesen wie in anderen Ländern ganz aus den Gebühren zu finanzieren.

Die Anmeldung kostet laut festem Tarif 150 Yuan für ein Patent, 100 Yuan für ein Gebrauchs- und 80 Yuan für ein Geschmacksmuster. Die Gebühr für die Prüfung liegt bei 400 Yuan und für die Patenturkunde bei 100 Yuan. Die Aufrechterhaltung eines Patents kostet jährlich 200 Yuan in den ersten drei Jahren und steigt dann bis auf 2.400 Yuan im letzten, dem 15. Schutzjahr. Gebrauchsmuster können acht Jahre lang für eine Jahresgebühr von 100-300 Yuan und Geschmacksmuster für 50-200 Yuan geschützt werden.

Für den ausländischen Anmelder fallen die Kosten der Übersetzung und die notwendige Beratung durch eine Patentagentur, die es in Beijing, Shanghai und Hongkong gibt, oder einen Patentanwalt sehr viel stärker ins Gewicht. Ruan: "Zusammen mit dem Deutschen Patentamt und mit Unterstützung durch das Deutsche Bundesministerium für Forschung und Technologie arbeiten wir mit der Universität in Shanghai jetzt an einer computergestützten Übersetzung. Das Problem sind die unterschiedlichen Schriftzeichen, aber wenn das System Worte und Fachausdrücke überträgt, also eine Rohübersetzung anfertigt, ergibt das schon eine erhebliche Beschleunigung und Verbilligung."

Patentstreitigkeiten werden in der Regel schnell und preiswert bei den Patentämtern geklärt, die auch Bußgelder verhängen können. Die Parteien wollen meistens erst dann vor ein Volksgericht, wenn die Schiedsverhandlung nicht zur Einigung führt. Auch Ausländer berichten von guten Erfahrungen mit den Schiedsgesprächen.

Ruan erläuterte: "Unser Patentwesen soll die Innovationen im Land fördern und die Erfinder durch einen angemessenen Gewinn motivieren. Es soll gleichzeitig den Technologietransfer aus dem Ausland fördern, der nur funktioniert, wenn Ausländer sicher sein können, daß ihre Technik wirksam geschützt wird. Das Patentwesen ist für uns Teil unserer Strategie für die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Volksrepublik und hat entsprechendes politisches Gewicht."

Für die kommenden Jahre sieht Ruan vor allem zwei Aufgaben: Den Ausbau der Patent-Dokumentation mit Daten-

verarbeitung und die Ausbildung von Fachleuten in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Patentamt in München. "Wir haben auch Kontakte zu anderen Patentämtern, vor allem in den USA, Japan und zum Europäischen Patentamt, aber die wirksamste Unterstützung hatten und haben wir vom Deutschen Patentamt, ohne das der schnelle Aufbau bisher gar nicht möglich gewesen wäre." (HB, 19.12.88) -lou-

Taiwan

*(30)

Anhaltendes Tauwetter in den chinesisch-chinesischen Beziehungen

In den chinesisch-chinesischen Beziehungen tauten im Monatsbericht weitere Eisblöcke ab. Das Exekutivbüro (Kabinett) gab am 1. Dezember zwei neue Vorschriften für gegenseitige Besuche von Einwohnern beider chinesischen Seiten, d.h. zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland, bekannt. Die eine Vorschrift sieht vor, daß die auf dem Festland lebenden Personen mit "hervorragender Leistung und internationalem Ansehen oder mit großem und besonderem Beitrag für die chinesische Kultur" sowie die im nicht-kommunistischen Ausland weilenden Studierenden bzw. sich Weiterbildenden vom Festland mit "wissenschaftlichem Ruhm oder Entfaltungsfähigkeit" Taiwan besuchen dürfen. Die andere Vorschrift besagt, daß die zu einer internationalen Nichtregierungsorganisation gehörenden Zivilkörperschaften oder -personen in Taiwan an den betreffenden Konferenzen auf dem chinesischen Festland teilnehmen können. (LHB u. ZYRB, 2.12.88)

Vom 20. bis 30. Dezember besuchten fünf sich zur Weiterbildung in den USA aufhaltende junge Wissenschaftler vom chinesischen Festland zum erstenmal aufgrund der oben genannten neuen Vorschrift gemeinsam Taiwan. Offiziell wurden sie von einer Zivilorganisation namens "Ziqiang xiehui" (Verein für Solidarität und Selbststärkung) eingeladen. Während ihres 10tägigen Aufenthalts auf der Insel haben sie mehrere Zeitungen, Universitäten,

Schulen, Bauernhöfe, die Oppositionspartei, das Parlament und das Palastmuseum in Taipei besichtigt und wurden überall wie Stars empfangen.

Am 22. Dezember ist ein Gerichtsurteil rechtskräftig geworden, das direkten Handel mit dem chinesischen Festland nicht mehr zu einem Verbrechen wegen "Unterstützung von Rebellen" erklärt. Ein Geschäftsmann aus Kao-hsiung (Gaoxiung) hatte von 1984 bis 1987 heimlich mit seinem Fischkutter Handel zwischen den beiden Ufern der Taiwan-Straße getrieben. Vor einigen Monaten war er bereits vom taiwanesischen Oberlandesgericht freigesprochen worden. Jetzt wurde die Berufung des Staatsanwalts gegen das Urteil vom höchsten Gericht abgewiesen. (LHB, 23.12.88; FCJ, 29.12.88) Indirekten chinesisch-chinesischen Handel über ein Drittgebiet (hauptsächlich Hongkong) erlauben die taiwanesischen Behörden schon seit langem.

Laut einer XNA-Meldung ist der indirekte Handel beider chinesischen Seiten im abgelaufenen Jahr gegenüber 1987 um 60% auf 2,4 Mrd. US\$ gestiegen. Damit gilt Taiwan bereits als der sechstgrößte Handelspartner der VR China und diese wiederum sogar als Taiwans fünftgrößter. Taiwans Unternehmer haben bislang über 400 Mio. US\$ in 300 Projekte auf dem Festland investiert; mehr als 50 taiwanesischen Industrie- und Handelsdelegationen haben 1988 das Festland besucht. (RMRB, 30.12.88; LHB, 30.12.88; ZYRB, 31.12.88)

Kürzlich erklärte der Vizestabschef der Marine der chinesischen VBA, Wang Zuyao, die Bereitschaft Beijings, mit Taiwan zusammen die Nansha-Inseln (Spratly-Archipel), die außer von den beiden chinesischen Seiten auch von Vietnam, den Philippinen und Malaysia beansprucht werden, zu verteidigen. Taiwan, das die größte Insel des Archipels, Taiping (Itu Aba), in Besitz hat, wies das Angebot zurück, weil es bislang jeden offiziellen Kontakt mit Beijing ablehnt. (LHB u. DGB, 17.12.88; FCJ, 22.12.88) -ni-

*(31)

Wirtschaftswachstum 1988 niedriger als erwartet

Nach Schätzung des zuständigen Amtes für Budget, Rechnung und Statistiken des Exekutiv Yuan (Kabinetts) vom 17. Dezember soll die Zuwachsrate des Brutto sozialprodukts (BSP) im IV. Quartal des abgelaufenen Jahres bei 7,07% liegen.

Für das gesamte Jahr 1988 wird die Wirtschaftszuwachsrate auf 7,06% geschätzt, etwas niedriger als die ursprünglich veranschlagten 7,5%. Allerdings gilt es als sicher, daß das Pro-Kopf-Einkommen Taiwans 1988 die Grenze von 6.000 US\$ überschreiten wird. (LHB, 18.12.88; FCJ, 1.12.88)

Auf einer Sitzung des Exekutiv Yuan am 15. Dezember wurde der Wirtschaftsplan für 1989 mit einem Wachstumsziel von 7% beschlossen. Damit wird das Pro-Kopf-BSP einen neuen Höchststand von 188.014 NT\$ (nach dem gegenwärtigen Wechselkurs umgerechnet 6.672 US\$) erreichen. Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen sollen um jeweils 1,5%, 5,8% bzw. 8,5% wachsen; die Zahl der Erwerbstätigen soll sich um 2,1% erhöhen und die Arbeitslosenquote wird bei 1,7% erwartet. Ferner sieht der Plan eine Preissteigerung von nicht über 3% im Durchschnitt für das ganze Jahr vor. (LHB, 16.12.1988) -ni-

*(32)

Protest von Europäern gegen Zoll-diskriminierung

Handelsvertreter von neun europäischen Ländern, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien eingeschlossen, protestierten beim Wirtschaftsministerium in Taipei gegen die ungleichen Zollbedingungen. In den letzten Jahren hat Taiwan unter dem starken Druck Washingtons eine Reihe von Zollpräferenzen für Importwaren aus den USA eingeführt, um den Handel beider Seiten auszugleichen. In ihrem Protest verwiesen die Europäer darauf, daß sie bei 100 Warenpositionen höheren Zöllen unterliegen als die Amerikaner. Im Sinne der Gleichberechtigung verlangten sie die Herabsetzung der Tarife um durchschnittlich 50% und forderten zudem, die Importzölle auf europäische Autos von derzeit 40-50% auf 20-25%, auf Motorräder von 10-40% auf 5-20% sowie auf Klimaanlage von 17,5% auf 8% herabzusetzen - eine Senkung der Importzölle auf Autos auf 30% wurde für 1990 geplant. (FCJ, 15.12.88)

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1988 ist Taiwans Handel mit den EG-Staaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 35,9% auf 9,42 Mrd. US\$ und mit den europäischen Staaten außerhalb der EG um 70,3% auf 1,43 Mrd. US\$ gestiegen.

Während einer Sitzung des Zolltarifausschusses des Finanzministeriums am 20. Dezember 1988 kam es zu einem Rahmenbeschluß, die Zölle allgemein ab 1989 schrittweise innerhalb von vier Jahren auf den OECD-Standard zu senken, d.h. bis Ende 1992 den durchschnittlichen nominellen Tarif von jetzt 11% auf rund 7% und den durchschnittlichen realen Tarif von 5,2% auf rund 3,5% herabzusetzen. (LHB, 21.12.88) -ni-

*(33)

Erster selbsthergestellter Düsenjäger vorgestellt

Ein von Taiwan selbsthergestellter Düsenjäger vom Typ IDF (Indigenous Defense Fighter) wurde am 10. Dezember in Mitteltaiwan mit großen Feierlichkeiten, an denen 1.200 Regierungs-, Militärführer und Diplomaten teilnahmen, vom Staatspräsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) zum Andenken an seinen Vorgänger Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) auf den Namen "Jingguo" getauft. Nach Angaben des Generalstabschefs Hao Baicun (Hau Pei-tsun) hat Taiwan seit 1982 mit der Entwicklung des Militärkampfflugzeuges begonnen, woran sich 1.000 Unternehmen beteiligten. Über 480.000 Bauteile einschließlich des verstärkten Turbofan-Motors sind, wie es heißt, in Taiwan hergestellt. Über die Kosten und die Leistung der Maschine liegen von den offiziellen Stellen keine Informationen vor (ZYRB, 11.12.88).

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA zu Taiwan infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Beijing hatte sich die Regierung in Taipei zunächst um den Erwerb von US-Kampfflugzeugen vom Typ F-16 und F-20 bemüht, um ihre rund 400 veralteten Maschinen der Typen F-104 und F-5 zu ersetzen. Als die Regierung Reagan dies jedoch im Januar 1982 unter dem Druck Beijings endgültig abgelehnt hatte, entschloß sich Taiwan, eigene Maschinen zu entwickeln. Den Auftrag dazu bekam das "Aero Industry Development Center" (AIDC) in Taichung (Taichung). Das Zentrum, das schätzungsweise 3.000-3.500 Mitarbeiter beschäftigt und dem militärischen Waffenforschungsorgan "Chungshan Institute of Science and Technology" (CSIST) untersteht, entwickelte im Frühjahr 1984 mit Erfolg das militärische Übungsflugzeug AT-3.

Einer Meldung der Hongkonger Zeitung *The Asian Wallstreet Journal* vom 12.12.1988 zufolge beruht die Grundkonstruktion des IDF auf AT-3. Bei der Entwicklung beider Modelle war Taiwan allerdings immer noch auf US-Technologie angewiesen. Die Konstruktion des Radarsystems für die Navigation und Waffenlenkung bei AT-3 und IDF ist in erster Linie der technischen Hilfe der Firma Lear Astromics Corp. in Kalifornien, einer Zweigsgesellschaft der General Electric Co. von Großbritannien, zu danken. Die Firma Garrett Turbine Engine Co., eine Tochter von Allied-Signal Inc. in New Jersey, hat zur Entwicklung der Flugmotoren für AT-3 und IDF durch Joint Venture beigetragen; nach Angaben von Allied-Signal werden die IDF-Motoren in Arizona hergestellt. General Dynamics, die die F-16 herstellt, half Taiwan beim Entwurf des IDF-Flugkörpers, weshalb dieser laut LHB (11.12.88) auch zahlreiche Ähnlichkeiten mit dem der F-16 aufweist. Andere Militärbeobachter meinten allerdings, so der oben zitierte Bericht des *Asian Wallstreet Journals*, daß der IDF eher wie ein Ableger der F/A-18 Hornet aussehe. Das ist eine Produktion von Northrop und McDonnell Douglas Corp. für die US-Marine - durch Zusammenarbeit mit Northrop hat Taiwan die F-5E und die F-5F montiert.

Beim IDF handelt es sich, so weiter das *Asian Wallstreet Journal*, um einen leichten Düsenjäger mit einer Höchstgeschwindigkeit von 1,2 Mach oder 1.300 km pro Stunde in 9.000 m Höhe über dem Meeresspiegel. Es ist mit einer Kanone des Kalibers 20 mm sowie sechs der von Taiwan selbsthergestellten Luft-Luft-Raketen (4 Sky Sword I und 2 Sky Sword II mit jeweils einer Reichweite von 10 bzw. 20 km) ausgerüstet. Die Serienproduktion von IDF soll erst 1990 nach Testflügen erfolgen.

Bislang hat das IDF-Projekt schätzungsweise bereits 1 Mrd. US\$ gekostet. Insgesamt sollen 250-300 Maschinen dieses Typs in den 90er Jahren hergestellt werden. Die an dem Projekt beteiligten US-Firmen können dabei jährlich 350 Mio. US\$ einnehmen. Bis zur endgültigen Fertigung des ersten IDF hielten sich 300 taiwanische Techniker bei den General Dynamics-Werken in Texas und 100 US-Experten in Taiwan auf. -ni-

*(34)

Präsident des Gesetzgebungs Yuan Ni Wenya zurück- und Abgeordneter Fei Xiping aus der Oppositionspartei MJD ausgetreten

Am 22. Dezember ist Ni Wenya (Nieh Wen-ya, 83) von seinem Amt als Präsident des Gesetzgebungs Yuan (Parlament), das er über 16 Jahre innehatte, zurückgetreten. Er gehört der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang, im folgenden GMD) an.

Seit zwei Jahren kommt es bei allen wichtigen Sitzungen des Hauses häufig zu chaotischen Situationen wegen handgreiflicher Streitigkeiten und persönlichen Beleidigungen zwischen den Fraktionen der GMD und der radikalen Oppositionspartei Minjindang (Demokratische Fortschrittspartei, im folgenden MJD). Die GMD-Fraktion, die die absolute Mehrheit bildet, besteht noch überwiegend aus den alten, vor 40 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählten Abgeordneten. Dagegen gehören alle Mitglieder der MJD-Fraktion zu den seit den 70er Jahren in Taiwan eingeführten sogenannten "ergänzenden" Abgeordneten, die nur ein Mandat von drei Jahren haben. Die Opposition verlangt Neuwahlen sämtlicher Abgeordneten des Hauses sowie der zwei anderen staatlichen Volksvertretungsorgane, der Nationalversammlung und des Kontroll Yuan. Die GMD-Regierung besteht aber auf ihren Standpunkt, Gesamtchina zu vertreten, und will daher die Grundstruktur des Parlaments nicht verändern. Da die Opposition im Gesetzgebungs Yuan einen Sitzanteil von noch nicht mal 5% hat und ihre Politik nicht auf dem Abstimmungswege durchsetzen kann, versuchte sie bislang, mit anderen außerordentlichen Methoden wie langwierigen Anfragen oder sonstigen destruktiven Aktionen die Verabschiedung der von ihr nicht gewünschten Gesetze zu verhindern.

Um eine Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen beider Parteien inner- und außerhalb des Parlaments zu vermeiden, bemühte sich Ni Wenya, den parlamentarischen Debatten möglichst unparteilich vorzusitzen. So behandelte er die Ausschreitungen der einzelnen Abgeordneten häufig mit Geduld und Humor, wodurch er bei der Opposition einen gewissen Respekt erwarb, aber sich großen Ärger bei der eigenen Partei einhandelte.

Nachdem die Kritik an ihm seitens der GMD-Fraktion immer lauter geworden war, bat er im letzten Oktober um seinen Rücktritt vom Amt als Präsident des Hauses. Der Parteivorsitzende und Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) schickte Ni daraufhin erstmalig für zwei Monate in Urlaub. Kurz vor Ablauf seines Urlaubs teilte Ni der GMD und dem Gesetzgebungs Yuan nochmals seinen Wunsch mit, das Amt des Gesetzgebungs Yuan-Präsidenten und sein Abgeordnetenmandat niederzulegen.

Zahlreiche Partei- und Regierungsführer einschließlich des Ministerpräsidenten Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) im Auftrag von Li Denghui konnten ihn zwar zunächst überreden, sein Mandat nicht aufzugeben. Seinen Rücktrittsgesuch vom Präsidentenamte sollte das Haus nach dem Plan der Parteiführung ebenfalls nicht annehmen, sondern ihm statt dessen eine Verlängerung des Urlaubs um zwei weitere Monate gewähren. Doch fand dieser Plan weder bei der MJD- noch bei der GMD-Fraktion große Unterstützung. Daher schrieb Ni am 19. Dezember einen neuen Brief an den Gesetzgebungs Yuan mit der Bitte, ihn aus beiden Ämtern zu entlassen. Dies wurde am folgenden Tag auf einer Plenarsitzung des Hauses mit 129 Ja-Stimmen der 141 anwesenden Abgeordneten angenommen, 11 oppositionelle MJD-Mitglieder stimmten dagegen.

Nis Rücktritt hat nach einer zutreffenden Beschreibung einen "tätigen Vulkan" im Parlament hinterlassen. Das Amt des Präsidenten wurde vom Vizepräsidenten des Hauses, Liu Guocai (Liu Kuo-tsai, 77), kommissarisch übernommen. Der neue Präsident soll erst nach Beginn der nächsten Sitzungsperiode im Februar 1989 gewählt werden. Aber schon jetzt sind heftige Kämpfe der verschiedenen Gruppen innerhalb der Fraktion der Regierungspartei um das Amt entbrannt. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Parlamentarier unter sich einen neuen Hausherrn werden finden können, der so reichliche Erfahrungen und ein so großes Ansehen bei allen Fraktionen wie Ni besitzt. Darüber hinaus hat er durch den Verzicht auf sein Mandat einen Präzedenzfall geschaffen, der es der Opposition erleichtert, noch lauter den Rücktritt aller jener Abgeordneten, die wie Ni vor vierzig Jahren gewählt wurden, zu fordern. Die Regierungs-

partei hat im November dem Gesetzgebungs Yuan einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsieht, die greisen Abgeordneten mit einer ansehnlichen Abfindung in Höhe von umgerechnet 140.000 US\$ zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Die MJD lehnt diese Regelung allerdings kategorisch ab, weil sie, wie gesagt, eine volle Erneuerung des Parlaments einschließlich der Nationalversammlung und des Kontroll Yuan anstrebt.

Zur gleichen Zeit des Rücktritts von Ni trat ein Abgeordneter der MJD-Fraktion im Gesetzgebungs Yuan, Fei Xiping (77), überraschend aus der Partei aus. Fei, der früher der Regierungspartei angehört und nach seinem Ausscheiden die Opposition mitgegründet hatte, war der einzige vor 40 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählte Abgeordnete in der MJD-Fraktion. Ursprünglich wollte er noch vor Ni mit der Niederlegung seines Mandats ein Beispiel setzen. Er hatte dies jedoch mit drei Bedingungen an die MJD verknüpft: 1) Die Leistungen der alten Abgeordnetengarde anzuerkennen, 2) ein Verhältniswahlssystem zur Gewährleistung der Einbeziehung von Vertretern der Bevölkerungsgruppe aus dem chinesischen Festland bei einer parlamentarischen Erneuerung sowie 3) ein Abfindungsgeld vom Staat bei Rücktritt der alten Abgeordneten. Da diese Forderungen von der Parteiführung nicht akzeptiert wurden, trat er am 19. Dezember anstelle des ursprünglich angekündigten Verzichts auf sein Mandat im Gesetzgebungs Yuan aus der MJD aus. In einer Erklärung dazu warf er einigen Parteimitgliedern starke separatistische Tendenzen zur Unabhängigkeit Taiwans sowie faschistische Anmaßung vor. (LHB, 9.-23.12.88; ZYRB, 17.-20.12.88; CP, 21. u. 23.12.88) -ni-

Hongkong und Macau

***(35)
Auswandererzahlen von Hongkong drastisch zugenommen**

In der Hongkonger chinesischsprachigen Zeitschrift *Tansuo* (Ausgabe Dezember 1988, S.51-52) wurde berichtet, daß in den vergangenen fünf Jahren über 100.000 Einwohner Hongkongs

ausgewandert seien. Zur Zeit gebe es noch 120.000 Haushalte (450.000 Personen) mit hohem Einkommen, die noch vor 1990 emigrieren wollen. Zwischen 1980 und 1984 habe die Zahl der Auswanderer im Durchschnitt jährlich rd. 20.000 betragen, 1987 sei sie auf 27.000 gestiegen und 1988 liege sie schätzungsweise bei 40.000. Die AFP brachte kürzlich in einer sich auf konsularische Statistiken stützenden Meldung die noch höhere Exoduszahl von 50.000 im abgelaufenen Jahr. (Nach FCJ, 22.12.88)

Seit August 1988 erscheint in Hongkong eine Sonderzeitschrift zur Auswandererproblematik, die eine Auflage von 30.000 haben soll. Rund die Hälfte ihrer Abonnenten sind über 30 Jahre alt mit einem durchschnittlichen Jahres Einkommen von 25.600 US\$. (Caijing-jishi Yuekan, Taipei, Sept. 1988, S.88)

Hongkong soll gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 ab 1997 unter chinesische Souveränität gestellt werden. Obwohl in dem Vertrag die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems garantiert wird, will ein Teil der Einwohner, vor allem des Mittelstands, der Zukunft Hongkongs nicht trauen. In der oben genannten AFP-Meldung wird von einer noch drastischeren Steigerung des Exodus 1989 gesprochen. In den 90er Jahren, so die Voraussage, werden 10% der Gesamtbevölkerung von rd. 5,7 Mio. Hongkong verlassen. -ni-

***(36)
Konvertibilität der Macauer Währung von China akzeptiert**

Zwischen den zuständigen Behörden der VR China und der portugiesischen Enklave Macau wurde am 10. Dezember eine Vereinbarung unterzeichnet, daß die Macauer Währung Pataca (Ptc oder MOP) ab 1. Februar 1989 offiziell in die chinesische Währung Renminbi (RMB) wechseln kann. Pataca ist an den Hongkong-Dollar (HK\$) gekoppelt, und beide haben zur Zeit ungefähr die gleiche Parität von 7,8:1 zum US\$.

Neben der Erleichterung des regulären Kapital- und Warenverkehrs zwischen Macau und China soll die offizielle Konvertibilität des Pataca vor allem den Investitionen Macaus in der VR

China und Überweisungen von Pataca-Guthaben aus und über Macau an die Verwandtschaft in China vereinfachen. Künftig brauchen also Pataca-Beträge vor der Überweisung nach China nicht mehr in Hongkong- oder US-Dollar konvertiert zu werden. Auch Touristen und Geschäftsleute können bei Reisen nach China beim Grenzübertritt Pataca direkt in die chinesische Landeswährung tauschen. (XNA, 12.12.88; NfA, 21.12.88) -ni-